Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1573
03. 03. 78

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 8. März 1978
am Donnerstag, dem 9. März 1978

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

1. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Ist es richtig, daß der Bund künftig auf jede Einwirkungsmöglichkeit, wieviel Studienplätze mit den zur Verfügung stehenden Bundesmitteln geschaffen werden, verzichten will?

2. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Stimmt es, daß das bisherige bewährte Richtwertsystem so geändert werden soll, daß in Zukunft universitäre Bauvorhaben der Länder ohne Rücksicht auf einen Richtwerthöchstsatz mit der Hälfte aller entstehenden Investitionskosten vom Bund den Ländern gegenüber gefördert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

3. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Wie sieht die Bundesregierung die Entwicklung der Reallöhne in den letzten drei Jahren, und welche Bedeutung mißt sie deren Höhe und Entwicklung für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung bei?

4. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung und die Höhe der Lohnstückkosten in der Bundesrepublik Deutschland absolut im Verhältnis zu den wichtigsten Handelspartnern, und welchen Stellenwert mißt sie ihnen für Wachstum und Beschäftigung bei?

5. Abgeordneter **Schmidhuber** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die angebotsorientierte Seite der Wirtschaftspolitik für das Wachstum wichtiger und bedeutsamer ist als die nachfrageorientierte?

6. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht beabsichtigt, in Niedersachsen künftig kein Kohlekraftwerk mehr bauen zu lassen, und wenn ja, sind die Ziele des fortgeschriebenen Energieprogramms der Bundesregierung mit dieser Absicht zu vereinbaren?

7. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, standortbedingte Kostennachteile von Kohlekraftwerken in revierfernen Bundesländern abzubauen?

8. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)

In welcher Weise sind nach dem Wissensstand der Bundesregierung deutsche Behörden, insbesondere das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, an der Ausfuhr von militärischen Einzelteilen beteiligt, die auf dem Wege der Koproduktion mit NATO-Staaten in Spannungsgebiete erfolgt, und wie weit vermag die Bundesregierung dabei den Zielen des Kriegswaffengesetzes zur Beachtung zu verhelfen?

9. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, ein „System des Frachtkostenausgleichs" für revierferne Bundesländer beim Einsatz von Steinkohlekraftwerken in diesen Bundesländern zu schaffen und dieses System gegebenenfalls über den Bundeshaushalt zu finanzieren, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

10. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Welche volkswirtschaftlichen Kosten entstehen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Wissensstand der Bundesregierung, wenn mit Vorrang Kraftwerke auf Steinkohlebasis in allen Bundesländern auch für den Grundlastbereich gebaut werden, und welcher Schaden entsteht für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

11. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß im Interesse eines geordneten Dienstbetriebs und auch des Zusammenhalts der Bundeswehr auf den sogenannten Verwaltungskostenbeitrag für die freiwilligen Teilnehmer an der Truppenverpflegung, der außerdem, weil er unter verschiedenen Voraussetzungen in unterschiedlicher Höhe erhoben wird, einen großen Verwaltungsaufwand erfordert, unabhängig von anderen Regelungen in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes verzichtet werden soll, und ist die Bundesregierung bereit, dazu gegenüber dem Parlament bzw. dem Haushaltsausschuß in geeigneter Weise die Initiative zu ergreifen?

12. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Ist der Bundesregierung die Zahl der Wehrpflichtigen bekannt, die noch einen Restgrundwehrdienst abzuleisten haben, und welche Bedeutung mißt sie der kurzfristigen Einberufung dieser bereits ausgebildeten Männer für die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr zu?

13. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Hält es die Bundesregierung im Hinblick auf die Wehrgerechtigkeit für vertretbar, daß den Wehrpflichtigen, die nach langjährigem Vollzugsdienst beim Bundesgrenzschutz aus unabwendbaren Gründen vor Beendigung der Verpflichtungszeit ausscheiden müssen, die geleistete Dienstzeit unter 12 Monaten (seit 1977 unter 18 Monaten) nicht auf die Wehrzeit angerechnet wird, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

14. Abgeordneter **Pawelczyk** (SPD)

Trifft es zu, daß mit Wirkung vom 1. September 1977 für alle Unteroffiziere und Offiziere, die freiwillig amtliche Unterkunft in Anspruch nehmen, die Unterkunftspauschalen ohne Vorankündigung um bis zu 45 v. H. erhöht wurden?

15. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Können Wehrpflichtige, die von den Möglichkeiten der Wehrdienstnovelle Gebrauch gemacht und sich vom Wehrdienst abgemeldet und zum Ersatzdienst angemeldet haben, jetzt ihr Studium oder ihre Berufsausbildung beginnen, ohne während der Ausbildungs- bzw. Studienzeit zur Bundeswehr oder zum Ersatzdienst einberufen zu werden?

16. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Was will die Bundesregierung tun, um diesen zahlenmäßig sehr großen Personenkreis nicht unnötig in Ungewißheit warten zu lassen, wodurch wertvolle Zeit des Studiums und der Berufsausbildung verloren geht?

17. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß grundwehrdienstpflichtige Ärzte in militärfachlicher Verwendung als Sanitätsoffizier keine Möglichkeit haben, eine fachärztliche Ausbildung zu beginnen oder fortzusetzen, da die ärztliche Versorgung der Truppe sichergestellt werden muß, während approbierte Ärzte, die den Wehrdient verweigerten, in deutschen Kliniken die fachärztliche Ausbildung beginnen oder fortsetzen können?

18. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung gegebenenfalls diese unterschiedliche Behandlung von dienstleistenden und wehrdienstverweigernden approbierten Ärzten für gerecht, und was gedenkt die Bundesregierung im Falle der Verneinung zu tun, um eine Gleichbehandlung von wehrdienstleistenden und wehrdienstverweigernden Ärzten sicherzustellen?

19. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Auftreten von Angehörigen des KBW und Verteilen von Propagandamaterial in bundeswehreigenen Anlagen und Einrichtungen und Auftreten von Angehörigen des KBW und Verteilen von Propagandamaterial unmittelbar außerhalb solcher Anlagen und Einrichtungen zu unterbinden?

20. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Werden Personenfeststellungen veranlaßt, wenn vor den Kasernentoren, also außerhalb militärischer Anlagen und Einrichtungen, Propagandamaterial durch KBW-Angehörige verteilt wird?

21. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß beim Bundesverteidigungsministerwechsel von Schmidt auf Leber 130 000 DM für den Kauf von Bildern des neuen Bundesministers für die Amtsstuben aufgewandt wurden, und welchem Verwendungszweck werden diese jetzt zugeführt?

22. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Besteht die Absicht, im Bereich von Bundesministerium und Bundeswehr nunmehr Apel-Bilder aufzuhängen, und wenn ja, welche Kosten entstehen hierdurch?

23. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist nach Ansicht der Bundesregierung zu erwarten, daß nach der Entlassung des Bundeswehrkochs Norbert Spröer in Zukunft das Küchenpersonal im öffentlichen Dienst des Bundes insgesamt auf seine Weltanschauung überprüft wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

24. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß entgegen der Annahmen aus dem Oktober 1977 DDT-Rückstände in importierten Weintrauben nicht nur neunfach überhöht aufgetreten sind, sondern bis zu 159 mal mehr Gift als erlaubt enthielten, und welche Konsequenzen wird sie gegebenenfalls daraus ziehen?

25. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welche gesundheitlichen Schäden kurz- und langfristig infolge des Genusses von Lebensmitteln mit einem derartig hohen DDT-Gehalt eintreten können?

26. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Bestehen gesetzliche Regelungen der Gesundheitssicherstellung für den Katastrophen- oder Verteidigungsfall als Rahmengesetz, und wenn nein, wird die Bundesregierung eine Initiative ergreifen, um diese Lücke zu schließen?

27. Abgeordneter **Neuhaus** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die in der Fruchtsaft-Verordnung und Fruchtnektar-Verordnung enthaltene Übergangsfrist (30. November 1978) so kurz bemessen ist, daß es bei den Herstellern von Fruchtsäften zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Umstellung und Deklaration ihrer Produkte kommt, und ist die Bundesregierung bereit, die in den Verordnungen enthaltene Übergangsfrist unverzüglich angemessen zu verlängern oder bei der EG-Kommission auf Fristverlängerung zu drängen?

28. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Trifft es zu, daß die Mehrwertsteuer auf den Pflegesatz für Sozialhilfeempfänger in privaten Alten- und Pflegeheimen vom Sozialhilfeträger übernommen werden muß, und wenn nein, wird die Bundesregierung eine Initiative zur Änderung dieser Rechtslage ergreifen?

29. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Sozialämter Mehrwertsteuerzuschläge zu den Pflegesätzen für Sozialhilfeempfänger in privaten Altenheimen verweigern, die seit dem 1. Januar 1978 auf Grund der Abgabenordnung 1977 mehrwertsteuerpflichtig geworden sind, und was wird sie gegebenenfalls dagegen unternehmen?

30. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Jugendorganisation nach § 9 des Jugendwohlfahrtsgesetzes als förderungswürdig an, wenn sich die Delegierten dieser Organisation weigern, die Worte „nach Möglichkeit" in einer Beschlußvorlage u. a. mit dem Text „Dabei ist es sehr entscheidend, für den Erhalt bestehender demokratischer Rechte zu kämpfen bzw. deren Ausweitung, um nach Möglichkeit ohne Anwendung von Gewalt die Gesellschaft in Richtung Sozialismus umzugestalten", zu streichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

31. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen oder Verhandlungen hat die Bundesregierung bisher zu dem Zweck eingeleitet, die von der Republik Österreich geplante Straßenbenutzungsgebühr zu verhindern bzw. zu kompensieren?

32. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die von Österreich geplante Straßenbenutzungsgebühr allein für die bayerische Milchwirtschaft eine Mehrbelastung von ca. 20 Millionen DM bedeuten würde und daß in diesem Fall für den betroffenen Erzeugerbereich eine Erlösminderung von 2,7 Pf. pro kg Milch befürchtet werden muß, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

33. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Treffen Mitteilungen eines in Bonn erschienenen Informationsdienstes zu, wonach Polizeifahnder, welche in Reisezügen der Deutschen Bundesbahn Schwerverbrecher zu beschatten hatten, von den Zugführern „festgenommen" worden sind, wenn diese nicht mehr dazu gekommen waren, sich Fahrkarten zu beschaffen, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls eine solche Verfahrensweise?

34. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung Maßnahmen, den Polizeibeamten bei Fahndungsmaßnahmen in Reisezügen der Deutschen Bundesbahn eine kostenfreie Fahrt zu ermöglichen?

35. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

In welcher Weise wird die Bundesregierung die neuen Pläne zum Ausbau des Nürburgrings unterstützen, nachdem sich Vertreter aller demokratischen Parteien für den Erhalt und Ausbau der Rennstrecke im Sinne des internationalen Rennsports ausgesprochen haben?

36. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung nach der Verlautbarung des Bundesverkehrsministers vom 21. Februar 1978 nunmehr ihren Streckenstillegungsplan im Bereich des Güterverkehrs der Deutschen Bundesbahn aufgeben?

37. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung im Rahmen der Diskussion über die Zusammenlegung von Bahnbus- und Postreisedienst die inzwischen vorgelegten Erfahrungsberichte der vier regionalen Verkehrsgesellschaften ausgewertet, und welche Konsequenzen gedenkt sie aus dieser Auswertung gegebenenfalls zu ziehen?

38. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Möglichkeit der Zusammenlegung von Bahnbus- und Postreisedienst in einer öffentlich-rechtlichen Organisationsform geprüft, damit dem betroffenen Personal die Anwendung des Personalvertretungsrechts erhalten bleibt?

39. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien hat die Bundesregierung Strecken oder Regionen für die betriebswirtschaftliche Untersuchung im Personen- und/oder Güterverkehr der Deutschen Bundesbahn ausgewählt?

40. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen werden nach der betriebswirtschaftlichen Beurteilung einer Bundesbahnstrecke ergriffen, wenn das Ergebnis von der Frequentierung her überdurchschnittlich im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ist und lediglich durch hohe Personalkosten eine Wirtschaftlichkeit bisher nicht herbeigeführt werden konnte?

41. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Schwerbehinderten, die auf Grund einer Beinamputation oder aus vergleichbaren Gründen erheblich gehbehindert sind, für Zonen mit eingeschränktem Halteverbot eine zeitlich begrenzbare Parksondergenehmigung einzuräumen?

42. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Funktion und Effektivität der Luftverkehrszentrale Eurocontrol, Maastricht, gemessen an der ursprünglich projektierten Aufgabenstellung und der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklung, auch im Hinblick auf die dort gegebene unmittelbare Zusammenarbeit von ziviler und militärischer Flugsicherung?

43. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Wie sieht die Bundesregierung nach dem gegebenen Sachstand und der absehbaren Entwicklung internationaler Zusammenarbeit im Bereich der Flugsicherung die Zukunft der Organisation Eurocontrol, die Zukunft der Flugsicherung im oberen Luftraum der Bundesrepublik Deutschland und im besonderen die Zukunft der Kontrollzentrale Maastricht?

44. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Trifft es zu, daß der Freistaat Bayern entschieden hat, eine Sonderstraßenbenutzungsgebühr für Schwertransporte auf bayerischen Straßen einzuführen, und wenn ja, welche Folgerungen werden sich nach Auffassung der Bundesregierung daraus unter anderem im Hinblick auf mögliche Verteuerungen und Erschwernisse des deutschen Exports von schweren Gütern, z. B. in den vorderen Orient und Afrika, und auf Erschwernisse bei neuen Industrieansiedlungen in Bayern ergeben?

45. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in einer Übersichtskarte der Deutschen Bundesbahn über die Elektrifizierung ihres Streckennetzes mit Stand vom 1. Januar 1978 die Strecken Memmingen – Leutkirch – Kißlegg – Wangen – Hergatz sowie Kißlegg – Aulendorf – Herbertingen und Kempten – Isny nicht mehr enthalten sind, obwohl der Erhalt der ersteren nach Auskunft von Staatssekretär Haar bereits jetzt gesichert ist, während sich die beiden letzteren derzeit noch im Überprüfungsverfahren befinden, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang?

46. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß nach ihrer Antwort vom 15. Februar 1978 auf meine schriftliche Anfrage vom 2. Februar 1978 zwar die Disparität zwischen Schienen- und Bustarifen bei der nächsten Tarifänderung ausgeglichen werden soll, daß dabei aber infolge der oft wesentlich längeren Busstrecken auf den Straßen gegenüber den Schienenwegen gleichwohl eine erhebliche Verteuerung des öffentlichen Personenverkehrs für die Bevölkerung der betroffenen strukturschwachen Gebiete eintreten wird?

47. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, ausgehend von der Forderung der kommunalen Spitzenverbände, das Personenbeförderungsgesetz vom 21. März 1961 (BGBl. I S. 241) dahin gehend zu ändern, daß an die privaten gewerblichen Unternehmer des Rettungs- und Krankentransportdienstes strengere Anforderungen gestellt werden, die von den Trägern des öffentlichen Rettungs- und Krankentransportdienstes bereits weitgehend erfüllt werden?

48. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)	Sieht die Bundesregierung darin ein geeignetes Mittel, um Wettbewerbsverzerrungen zu verringern mit der Folge, daß die vom öffentlichen Rettungs- und Krankentransport vorzuhaltenden Kapazitäten besser genutzt werden, und damit eine größere Wirtschaftlichkeit erreicht wird?
49. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)	Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem in der Entwicklung begriffenen grenznahen Flugverkehrshafen Maastricht für den Wirtschaftsraum Aachen und die internationale Zusammenarbeit der Euregio Aachen-Maastricht-Lüttich zu?
50. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)	Welche Vorschläge macht die von der niederländischen und der deutschen Regierung in Auftrag gegebene Verkehrsuntersuchung zum Ausbau der Fernstraßen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden für den Grenzbereich zwischen dem Rhein und Aachen?
51. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)	In welcher Reihenfolge hält die Bundesregierung den Ausbau von grenzüberschreitenden Autobahnen und Fernverkehrsstraßen im Grenzbereich zwischen dem Rhein und Aachen für vordringlich, und wann wird voraussichtlich gemeinsam mit der Regierung der Niederlande über die Reihenfolge des Ausbaus auf deutscher Seite und die entsprechende Anbindung an das niederländische Verkehrsnetz entschieden?
52. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)	Sind Veränderungen im bestehenden grenzüberschreitenden Schienenverkehr (Streckennetz) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden im Bereich zwischen Rhein und Aachen zu erwarten, und im besonderen welches Ergebnis lassen die laufenden Verhandlungen über die Reaktivierung der Schienenstrecke Antwerpen-Roermond-Mönchengladbach erwarten?
53. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)	Hält die Bundesregierung die zum 1. März 1978 in Kraft getretene Aufhebung der Geschwistertarifermäßigung im innerstädtischen Schülerbeförderungsverkehr der Deutschen Bundespost für notwendig, und wenn ja, was rechtfertigt diese Entscheidung?
54. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)	Sind die Ergebnisse der vier Betriebsversuche über die geplanten Regionalgesellschaften so positiv abgesichert, daß ohne weitere Prüfung, insbesondere einer öffentlich-rechtlichen Form der Gesellschaft, diese Neuordnung der Busdienste von Bundespost und Bundesbahn durchgeführt werden kann?
55. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)	Wie hoch ist der Anteil des Telefonverkehrs, der in der Bundesrepublik Deutschland über Kabel und über Richtfunkstrecken geführt wird?
56. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung von Nachrichtenexperten, daß die über Kabel geführten Telefongespräche abhörsicherer sind als der über Mikrowellen abgewickelte Fernsprechverkehr, und hat die Bundesregierung die Absicht, den Telefonverkehr stärker zu verkabeln, und in welchem Tempo wird dies gegebenenfalls geschehen?

57. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Welchen gesamtwirtschaftlichen Nutzen bringt die Anordnung der Deutschen Bundespost, bei Kosteneinsparungen durch Rationalisierungsmaßnahmen von auch nur 1000 DM einen weiteren Arbeitsplatz einzusparen?

58. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Welchen Sinn hat die Anordnung der Deutschen Bundespost, beim Ausscheiden eines Postbusfahrers keine neuen Fahrer mehr einzustellen und die entsprechende Strecke dann zu privatisieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

59. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wieviel Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht nach den Erkenntnissen der Wärmedämmung (Energiesparbuch des Bundesbauministeriums 04.024) gebaut worden sind, und mit welchem Gesamtaufwand rechnet die Bundesregierung für die Durchführung von Wärmedämmungsmaßnahmen?

60. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Werden mit dem neuen Modernisierungsprogramm nur bestimmte Einkommensgruppen bedacht, und wenn ja, wird die Bundesregierung Änderungen des § 51 Abs. 2 Nr. 1 EStG und des § 82 a EStDV vorschlagen, um allen Wohnungsinhabern und Hausbesitzern die Wärmedämmung zu erleichtern, die auf Grund der zu geringen Finanzmasse nicht am Modernisierungsprogramm teilhaben können?

61. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Mit welchen Mieterhöhungen muß ein Mieter nach Durchführung energiesparender Maßnahmen auf Grund der Novelle der Bundesregierung zum Wohnungsmodernisierungsgesetz rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

62. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob der Leiter der Wehrsportgruppe Hoffmann im Besitz gültiger Waffenscheine ist, und wenn ja, für welche Einzelwaffen haben diese Waffenscheine Geltung?

63. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, von welcher Behörde diese Waffenscheine ausgestellt wurden, und wie seitens des Antragstellers die Notwendigkeit für die Erteilung von Waffenscheinen begründet wurde?

64. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Was hat die Bundesregierung seit dem Tübinger Vorfall im Jahr 1976 im einzelnen unternommen, um zusammen mit dem Freistaat Bayern die Zuständigkeit für ein Verbot der sogenannten Wehrsportgruppe Hoffmann zu klären, welche Fragen sind derzeit noch offen, und bis wann ist mit einer abschließenden Klärung zu rechnen?

65. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Welche materiellen Gründe haben die Bundesregierung nach einer vierjährigen Beobachtung der Wehrsportgruppe Hoffmann durch die zuständigen Sicherheitsbehörden bislang davon abgehalten, ein Verbotsverfahren einzuleiten oder beim Freistaat Bayern auf eine Einleitung hinzuwirken, nachdem die Kompetenzfrage laut Auskunft des Parlamentarischen Staatssekretärs Baum das Verbotsverfahren oder entsprechende Überlegungen nicht beeinträchtigt hat?

66. Abgeordneter **Dr. Müller** (CDU/CSU)

Handelt es sich bei dem öffentlichen Aufruf zur Sammlung von Geld für die Ausrüstung einer Guerilla-Kompanie um eine Tätigkeit oder Bestrebung, deren Beobachtung und Auswertung dem Bundesamt für Verfassungsschutz obliegt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

67. Abgeordneter **Schwarz** (CDU/CSU)

Trifft es zu und billigt es die Bundesregierung, daß der Präsident des Bundeskriminalamts zwar das von ihm zu liefernde Konzept für die Fortentwicklung des polizeilichen Datenverbunds seit über einem Jahr seinem Bundesminister und den Ländern schuldig bleibt, seine Vorstellungen dazu aber stattdessen auf einer SPD-Veranstaltung in Berlin verkündete?

68. Abgeordneter **Schwarz** (CDU/CSU)

Hat der Präsident des Bundeskriminalamts behauptet, ohne das Datenverarbeitungssystem des Bundeskriminalamts sei noch kein einziger der 20 meistgesuchten Terroristen bekannt, und wenn ja, wie ist nach Auffassung der Bundesregierung diese Behauptung mit der Wirklichkeit kriminalistischer Arbeit in Übereinstimmung zu bringen?

69. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Sind die derzeitigen Rechtsgrundlagen für den Datenaustausch der Meldebehörden mit zahlreichen anderen Stellen hinsichtlich Art und Umfang der Daten ausreichend, oder ist angesichts der teils vorhandenen, teils entstehenden kommunalen und staatlichen Informationssysteme eine Verrechtlichung der Grundlagen des Verwaltungsvollzugs dringend geboten?

70. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Reichen das Bundesdatenschutzgesetz, die vorhandenen Landesdatenschutzgesetze und andere bestehende Rechtsvorschriften aus, um schutzwürdige Belange des Bürgers gegen unzulässige Beeinträchtigungen seiner Privatsphäre durch bestehende bzw. entstehende kommunale und staatliche Informationssysteme zu sichern, oder müssen im Bereich des Einwohnermeldewesens unverzüglich bereichseigene Datenschutzregelungen getroffen werden?

71. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Sind der Bundesregierung weitere Fälle bekannt, bei denen Polizei, Bundesgrenzschutz, Zoll oder andere Behörden Personalausweise oder Pässe von kontrollierten Bürgern gekennzeichnet haben, wie das in Stuttgart anläßlich der Beerdigung von Baader, Ensslin und Raspe geschehen ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus für ihren Verantwortungsbereich?

72. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Trifft es zu, daß in zunehmendem Maße Objektschutz und Sicherung kerntechnischer Anlagen von privaten Sicherungskräften wahrgenommen werden, die in einzelnen Fällen auch mit Maschinenpistolen ausgerüstet sind bzw. ausgerüstet werden sollen, und wenn ja, wird die Bundesregierung diesem Trend im Rahmen ihrer Möglichkeiten entgegenwirken?

73. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Warum werden für diese Aufgaben nicht Polizeikräfte oder der Bundesgrenzschutz eingesetzt, und ist die Bundesregierung bereit, falls dem rechtliche Gründe entgegenstehen sollten, eine Novellierung bestehender gesetzlicher Bestimmungen, etwa des Bundesgrenzschutzgesetzes, vorzuschlagen?

74. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Sind nach Auffassung der Bundesregierung die Richtlinien zur Entschwefelung der Kraftwerksrauchgase dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse über die Auswirkungen von Schadstoffimmissionen anzupassen, oder hält sie daran fest, daß die einseitige Verringerung der SO_2-Immissionen aus Kraftwerken eine volkswirtschaftlich vertretbare Umweltschutzmaßnahme ist?

75. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes eine Luftreinhalteplanklausel vorzusehen, welche es zuläßt, verschiedene Maßnahmen zur Immissionsverminderung, zum Beispiel Rauchgasentschwefelung und Ausbau eines Fernwärmenetzes, volkswirtschaftlich optimal aufeinander abzustimmen?

76. Abgeordneter **Haase (Fürth)** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Äußerungen eines Zirndorfer Bediensteten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit den Kommunisten gleichzusetzen versuchen?

77. Abgeordneter **Haase (Fürth)** ((SPD)

Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung gegebenenfalls für angemessen um sicherzustellen, daß kein Bediensteter des Bundesverfassungsschutzes seine Aufgabe, die Bundesrepublik Deutschland vor verfassungsfeindlichen Gruppen zu schützen, mit persönlichen Antipathien gegen eine der demokratischen Parteien vermischt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

78. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, nunmehr das Gesetz über Explantation und Transplantation von Organen dem Deutschen Bundestag vorzulegen, und wann ist mit einer solchen Vorlage zu rechnen?

79. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung mit dem sogenannten Transplantationsgesetz zugleich die Sektionsproblematik lösen, und in welcher Form gedenkt sie dies gegebenenfalls zu tun?

80. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, den Problembereich der Organverpflanzung rechtlich zu regeln?

81. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Welche Lösungsmöglichkeiten erscheinen sinnvoll, und wann ist mit einem Gesetzentwurf zu rechnen?

82. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Welche gesetzgeberischen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um dafür zu sorgen, daß die unschuldigen Opfer von Verkehrsunfällen in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu internationalen Maßstäben – besonders im Vergleich zu den USA – ein angemessenes Schmerzensgeld von den Gerichten zugesprochen bekommen?

83. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche von Bundesminister Dr. Haack mehrfach angesprochene „technische" Verbesserungen des geltenden Mietrechts hält die Bundesregierung für möglich und erforderlich, um das Vergleichsmietensystem praktikabel zu gestalten?

84. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wie konkret sind bei der Bundesregierung bereits Überlegungen gediehen, nach dem Schweizer Vorbild paritätisch besetzte Schlichtungsstellen für Mietverhältnisse einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

85. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Benachteiligung der „Grenzgänger" – Personen, auch Deutsche, die in den Niederlanden wohnen, aber in Deutschland Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit haben – nach deutschem Einkommensteuerrecht insgesamt für weiter tragbar, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

86. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um diesen Steuerpflichtigen nach deutschem Einkommensteuerrecht eine ihrem Familienstand entsprechende Steuerklasse, Splitting und Sonderausgaben zu verschaffen, und ab wann kann mit einer Beseitigung der bestehenden Benachteiligung gerechnet werden?

87. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Abschreibungsvergünstigungen in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber anderen Staaten am unteren Rand der Vergleichstabelle liegen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

88. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß nicht nur die weitgehend allgemein gültigen steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland ungünstiger sind, sondern auch die vergleichbaren Investitionsbegünstigungen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

89. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die unter Bundeseinfluß stehende Deutsche Bau- und Grundstücks AG, Bonn, als Eigentümerin eines umfangreichen Wohnungsbestands in zahlreichen deutschen Gemeinden die Mieten für Wohnungen in Altbauten mit z. T. dem Baujahr 1925 nach einer Meldung der Mönchengladbacher Ausgabe der Rheinischen Post vom 24. Februar 1978 im September 1977 um teil-

weise 30 v. H. angehoben und eine weitere Mieterhöhung für 1978 um erneut 20 v. H. in Aussicht gestellt hat, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Vorgehen?

90. Abgeordneter **Landré** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung den Zeitpunkt abschätzen, in dem die Haushaltslage so sein wird, daß die ertragsunabhängigen Steuern weiter gesenkt werden können?

91. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es zur Zeit wegen der schwierigen konjunkturellen Lage nicht opportun sei, Initiativen in der Vermögensbildung zu entwickeln, und kann die Bundesregierung einen Zeitpunkt angeben, wann sie eine solche Initiative für sinnvoll hält?

92. Abgeordneter **Warnke** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß erhöhtes Sparen Vertrauen in die Regierung anzeigt, und wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß sich die Sparquote in Zeiten der Rezession erhöht?

93. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, in absehbarer Zeit einen Gesetzentwurf vorzulegen, um die Steuergesetzgebung dahin gehend zu verändern, daß alleinstehende erwerbstätige Mütter und Väter die Kosten für die Unterbringung ihrer Kinder in Kindertagesstätten steuerlich absetzen können?

94. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Resozialisierung Rauschgiftabhängiger dadurch zu fördern, daß nach pflichtmäßigem Ermessen im Billigkeitsweg von der Festsetzung von Steuern und Zöllen abgesehen wird, wenn die Belastung mit derartigen Abgaben eine erfolgreiche Resozialisierung beeinträchtigen oder unmöglich machen würde?

95. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Will der Bundesfinanzminister bei der Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol die unerwünschte mißbräuchliche, allerdings nur an wenigen Mißbrauchsfällen begründbare, Aktivierung ruhender Brennrechte zum Anlaß nehmen, um die Übertragung von Brennrechten ab. 1. Oktober 1978 allein auf Erbgang zu beschränken und dadurch die auf Obstanbau spezialisierten landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe im Einkommen erheblich zu beschneiden, und wenn ja, warum?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

96. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, nach denen interessierte Kreise in Brüssel versuchen, das Inkrafttreten einer Richtlinie des Rates über den Verkehr mit Mischfuttermitteln hinauszuzögern und dabei sogar die Forderung erheben, in der geplanten EG-Richtlinie die sogenannte offene Deklaration zu verbieten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

97. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Welche Schritte wird die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen um sicherzustellen, daß als Voraussetzung für die notwendigen Änderungen des nationalen Rechts eine EG-Richtlinie verabschiedet wird, die den deutschen veredelnden Landwirten

wieder alle erforderlichen Informationen für den Einsatz von Mischfuttern sichert und gleichzeitig die Möglichkeit der analytischen Überprüfung für die wertbestimmenden Inhaltsstoffe schafft?

98. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Wie kann die Bundesregierung in Nummer 121 des Agrarberichts 1978 zu der Feststellung gelangen, daß sich das novellierte Futtermittelrecht bewährt hat, wo ihr doch bekannt ist, daß bei den veredelnden Landwirten eine große Unruhe dadurch entstanden ist, daß die geltende Futtermittelverordnung den Mischfutterherstellern erlaubt, ihren Kunden nur unzureichende Informationen über Zusammensetzung und wertbestimmende Inhaltsstoffe zu geben, die zum Teil noch nicht einmal nachprüfbar sind?

99. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die zahlreichen Veröffentlichungen in der Fachpresse bekannt, nach denen einige Futtermittelhersteller die in der Futtermittelverordnung verankerte geschlossene Deklaration dazu genutzt haben, der Landwirtschaft Mischfutter anzubieten und zu verkaufen, deren tatsächlicher Futterwert weit hinter den Angaben der Hersteller zurückbleibt, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung bei der Formulierung der Futtermittelverordnung zu ziehen, nachdem sich herausgestellt hat, daß das Angebot der betroffenen Wirtschaftsverbände nach mehr Informationen auf freiwilliger Basis völlig unzureichend realisiert worden ist?

100. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich mit Nachdruck für die baldige Einrichtung einer EG-Marktorganisation für Kartoffeln einzusetzen?

101. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Kann sich die Bundesregierung der Erkenntnis verschließen, daß die Wettbewerbsverzerrungen, die sich durch die nationalen Marktordnungen anderer EG-Mitgliedstaaten ergeben, zu einem Verlust weiterer Marktanteile der deutschen Kartoffelwirtschaft führen und damit eine weitere Verringerung des Kartoffelanbaus und eine unerwünschte Produktionsverlagerung in der deutschen Landwirtschaft verursachen?

102. Abgeordneter **Bayha** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen (VWD vom 1. März 1978) zu, daß Frankreich mit Wirkung vom 1. März 1978 alle Schweinefleischeinfuhren gestoppt hat, und wie verhält sich die Bundesregierung für den Fall, daß diese Meldung zutrifft?

103. Abgeordneter **Bayha** (CDU/CSU)

Wie verhält sich die Bundesregierung zu den Forderungen der französischen Regierung, den Grenzausgleich für Schweinefleisch durch eine Änderung der Berechnungskriterien, wie z. B. durch die Zurückstufung des Grenzausgleichs auf die Getreidepreisinzidenz oder die Nichtberücksichtigung der jüngsten Abwertung des französischen Franc, herbeizuführen, und welche Auswirkungen hätte eine Verwirklichung der französischen Forderungen mittelbar und unmittelbar auf die deutsche Landwirtschaft (z. B. auch durch Umlenkung von Warenströmen aus den Niederlanden in die Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

104. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es bei der gegenwärtigen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt im Interesse der Berufsausbildung geboten ist, die nach § 21 Abs. 3 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vorgesehene Verordnung zu erlassen, und wenn ja, wann kann mit dem Erlaß der Verordnung gerechnet werden?

105. Abgeordneter **Ziegler** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen ergeben sich nach Meinung der Bundesregierung aus dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 10. November 1977 (Az.: 3 RK 7/77), wonach die Krankenkassen deshalb das Führhundfuttergeld nicht bezahlen müssen, weil schon die Versorgung eines Blinden mit einem Führhund nicht zur Ausstattung mit einem sonstigen Hilfsmittel im Sinne des § 182 b RVO gehört, und welche Maßnahmen sind notwendig, um Nachteile für die betroffenen Blinden zu vermeiden?

106. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Informationen vor, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe im Jahr 1977 auf Grund fehlerhafter Entscheidungen der Arbeitsämter im Bereich des Leistungsrechts nach dem Arbeitsförderungsgesetz Überzahlungen erfolgt sind?

107. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ein Sozialabkommen mit dem Staat Iran abzuschließen, um die Sozialbeiträge deutscher Arbeitnehmer im Iran auf Dauer sicherzustellen?

108. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Warum macht die Bundesregierung, wenn sie nach ihrer eigenen Aussage das Ziel verfolgt, ab 1982 die Renten wieder nach der geltenden (bruttolohnbezogenen) Formel an die Lohnentwicklung anzupassen, anstatt die Renten in den Jahren 1979 bis 1981 nach anderen Gesichtspunkten zu erhöhen, nicht von dem § 1384 RVO bzw. § 111 AVG Gebrauch – wonach das Nähere über die Bundesgarantie durch ein besonderes Gesetz bestimmt wird – und unterbreitet dem Bundestag den hier vorgesehenen Gesetzentwurf?

109. Abgeordneter **Dr. Müller** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung auf die Dauer ein Wahlverfahren nach dem Mitbestimmungsgesetz politisch und wirtschaftlich für vertretbar, das allein bei einem Betrieb Unkosten für das Wahlverfahren in Höhe von 1,4 Millionen DM hervorrief, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

110. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung wirtschaftspolitisch Forderungen nach einem vorübergehenden Lohnstopp und nach einem Lohnzuwachs von Null?

111. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Warum erwähnte Bundesarbeitsminister Dr. Ehrenberg bei seinen Presseerklärungen, wie z. B. in seinem Interview im „Spiegel" vom 20. Februar 1978, als wesentlichen Belastungsunterschied zwischen Sozialrenten und Beamtenpensionen nur die unterschied-

liche steuerliche Belastung der beiden Versorgungsarten und nicht auch den Umstand, daß Beamtenpensionen im Gegensatz zu den Renten durch Beiträge für eine beihilfenkonforme (restkostendekkende) Krankenversicherung auf einen bis zu 20 v. H. niedrigeren Nettobetrag reduziert werden?

112. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Ist dem Bundesarbeitsminister bekannt, daß Beamtenpensionen durch die Beiträge für eine notwendige Krankenversicherung umso stärker belastet werden, je niedriger die Versorgungsbezüge sind, und deshalb dieser Faktor bei den kleinen und mittleren Pensionen eine weit größere Rolle spielt als die Minderung durch Lohn- und Kirchensteuer, wie das besonders in Nachversicherungsfällen erkennbar geworden ist, wo oft die daraus resultierende Rente die letzte Nettopension übersteigt (vgl. Zeitschrift für Beamtenrecht, Nr. 10/1969, S. 312), und wenn ja, welche Folgerungen zieht er daraus?

113. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Welche ersten Erfahrungen hat die Bundesregierung mit der „konzertierten Aktion für das Gesundheitswesen", und sind die Verlautbarungen richtig, wonach insbesondere eine kassenzahnärztliche Vereinigung bundeseinheitliche Honorarempfehlungsvereinbarungen ablehnt?

114. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Wird die Bundesregierung auf wirkungsvolleren gesetzlichen Regelungen bestehen müssen, wenn bei der Anwendung des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes eine Vereinigung, wie zum Beispiel die der Zahnärzte, Vereinbarungen generell ablehnt?

115. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung für die Kosteneindämmung auf dem Arzneimittelsektor der gesetzlichen Krankenkassen aus den Ergebnissen der zumindest indirekt auch mit Mitteln der Bundesrepublik Deutschland finanzierten, vor acht Jahren begonnenen und für fünf Jahre angesetzten, in fünf Ländern durchgeführten Lipidsenker-Studie der Weltgesundheitsorganisation zu ziehen?

116. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß beabsichtigt ist, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu erhöhen, wenn ja, in welcher Höhe, und wie groß wäre die Belastung für den Arbeitnehmer?

117. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Unterhaltsberechtigte, ebenso wie ihre Prozeßbevollmächtigten, gegebenenfalls aber auch die Staatsanwaltschaft auf Grund des § 35 des Sozialgesetzbuchs (SGB) keine Auskünfte von Sozialversicherungsträgern, Arbeitsämtern und Finanzämtern über das Einkommen der Unterhaltsverpflichteten erhalten, selbst wenn diese Auskünfte zur Vollstreckung eines Urteils oder sonstigen Titeln benötigt werden, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

118. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß hier eine Gesetzeslücke besteht, die einer Regelung bedarf, zumal derartige Auskünfte den Leistungsträgern im Sinne des Sozialgesetzbuchs, z, B. den Sozialämtern, erteilt wird und sich die Anspruchsberechtigten daher in der Regel an die Leistungsträger wenden, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

119. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die DDR 15 Bürgern der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin, die wegen angeblicher Spionage in der DDR verurteilt sind, die Betreuung durch die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin verweigert?

120. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen, damit unsere Ständige Vertretung in den Stand gesetzt wird, den Verurteilten entsprechend Artikel 8 des Grundlagenvertrags in Verbindung mit Nummer 5 des Protokolls zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Einrichtungen der Ständigen Vertretungen vom 14. März 1974, Hilfe und Beistand zu leisten?

121. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um den Reiseverkehr von und nach Berlin per Auto, Eisenbahn bzw. Flugzeug qualitativ zu verbessern und zu intensivieren, und welcher Verkehrsmöglichkeit räumt sie bei ihrer Förderung gegebenenfalls Vorrang ein?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

122. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Sind die Veröffentlichungen in der Tagespresse zutreffend, nach denen der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Auftrag der Bundesregierung einem namhaften Frankfurter Forschungsinstitut, unter Zuweisung einer größeren Summe aus den Haushaltsmitteln des Bundesministeriums, einen Forschungsauftrag mit der ausdrücklichen Auflage erteilte, daß der ehemalige Präsident der Hessischen Landesbank, Prof. Dr. Hankel, mit der Durchführung dieses Forschungsauftrags beauftragt wird?

123. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Hätte gegebenenfalls der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Auftrag der Bundesregierung diesen Forschungsauftrag auch erteilt, wenn er nicht mit der Auflage der Mitarbeit des Prof. Dr. Hankel hätte verbunden werden können, und kann die Bundesregierung nähere Angaben über den Gegenstand des Forschungsauftrags machen?

124. Abgeordneter **Dr. Waigel** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Februar 1978), wonach das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Vergabe eines Forschungsauftrags auf Wunsch des SPD-Parteivorsitzenden mit der Auflage versehen hat, zur Durchführung des Forschungsauftrags ein namentlich benanntes SPD-Mitglied heranzuziehen?

125. Abgeordneter **Dr. Waigel** (CDU/CSU)

Wenn ja, um welches Forschungsvorhaben handelt es sich, und warum hat das Bundesministerium den Wunsch des SPD-Parteivorsitzenden nicht zurückgewiesen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

126. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Hat Staatsminister Wischnewski – wie in der Presse zitiert – geäußert, „aus diesem oder jenem Grunde mit der CDU/CSU zu stimmen ist immer eine Schweinerei", und wenn ja, welche Auffassung von der verfassungsmäßig festgelegten Gewissensfreiheit des Abgeordneten verbindet Staatsminister Wischnewski mit dieser Äußerung?

127. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der erst 43jährige Ministerialdirektor im Bundespresseamt, Dr. Müller, wegen gezielt verbreiteter Indiskretionen in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde, falls ja, wird man gegen Dr. Müller Disziplinarmaßnahmen einleiten?

128. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist – falls tatsächlich Indiskretionen verbreitet wurden – dadurch irreparabler Schaden entstanden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

129. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Aus welchen Gründen wurde im Organisationsplan des Auswärtigen Amtes die Aufgabenbezeichnung des Referats 403 „Rüstungsexport-Kontrolle" durch „Rüstungsexport-Politik" ersetzt, und teilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Auffassung des Informationsdienstes „Wehrdienst", ‚Angesichts der Genehmigung deutscher Rüstungsexporte in der Größenordnung von jährlich mehr als 2 Milliarden DM klingt das Wörtchen „Kontrolle" eher nach amtlichem Versagen in diesem Bereich. Zudem hört sich „Politik" ideologiefreier an'?

130. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Zahl und die Tätigkeit von „DDR-Experten" im Südjemen?

131. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Treffen Behauptungen zu, wonach die Bundesregierung nicht an den Unterlagen des amerikanischen Dokumentationszentrums in Berlin über ehemalige NSDAP-Mitglieder und SS-Leute interessiert sei, da sie ehemalige Nazis decken wolle, die durch die Veröffentlichung bezeichneter Dokumente in eine peinliche Lage gebracht werden könnten?

132. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung verneinendenfalls unternehmen, um dem fälschlichen Eindruck, sie wolle ehemalige Nazis decken, in der Öffentlichkeit nachdrücklich entgegenzutreten?

133. Abgeordneter **Rawe** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung sich der Gefahr bewußt, daß Äußerungen, wonach die Bundesregierung nicht an den Unterlagen des amerikanischen Dokumentationszentrums in Berlin über ehemalige NSDAP-Mitglieder und SS-Leute interessiert sei, da sie ehemalige Nazis decken wolle, die durch die Veröffentlichung bezeichneter Dokumente in eine peinliche Lage gebracht werden könnten, durchaus geeignet sind, dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in Großbritannien zu schaden, nachdem sich gerade

in jüngster Zeit das deutsche Bild zunehmend positiv entwickelt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

134. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Jugoslawien sich bis heute weigert, wegen des kriminellen Verhaltens des verurteilten Fluglotsens anläßlich des Flugzeugunglücks in Zagreb vom 10. September 1976 Schadensersatz zu leisten und zwar mit der Begründung, daß es zwischen Bonn und Belgrad kein Gegenseitigkeitsabkommen gebe, und ist die Bundesregierung bereit, ein solches Abkommen im nachhinein abzuschließen, um den berechtigten Forderungen der Geschädigten Rechnung zu tragen?

135. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den Auslassungen des polnischen Delegationsleiters auf dem KSZE-Überprüfungstreffen, Professor Marian Dobrosielski, am 22. Februar 1978 im Deutschlandfunk, „Wir werden die Menschenrechte voll und ganz bei uns zu erfüllen versuchen und für ihre Erfüllung auch weiterhin kämpfen", angesichts der in den letzten beiden Jahren zunehmenden Familienzerreißung, nachdem Besucher hier geblieben sind und die zurückgebliebenen Familienmitglieder bis jetzt keine Erlaubnis zur Ausreise erhalten haben?

136. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung entgegen ihrer Auskunft vom 26. Januar 1978 nicht auf der richtigen Bezeichnung Ost-Berlin oder Berlin (Ost) auf Grund der Bezeichnungen für die geteilte Stadt im Viermächteabkommen über Berlin beharrt, und wenn nein, warum nicht?

137. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Volksrepublik Polen die Oder-Neiße-Linie nicht als „deutsch-polnische Grenze" bezeichnet werden darf (Spiegel vom 6. Februar 1978, Seite 116), und ist auch die Bundesregierung darum bemüht, daß eine solche Bezeichnung wegen des Verbots, eine Rechtsposition von Deutschland als Ganzem preiszugeben (BVerfGE vom 31. Juli 1972, B III 2), auch in keinem amtlichen Dokument in der Bundesrepublik Deutschland auftaucht?

138. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

In welchen Ländern hat die EG im Rahmen der EPZ diplomatische Demarchen unternommen, um menschenrechtliche Probleme der Bürger dieser Länder zu hören und mit welchem Erfolg?

139. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung den Standpunkt, zumal sich seit der Verabschiedung der Resolution 385 durch den UNO-Sicherheitsrat weitere politische Parteien und Gruppierungen in Namibia/SWA gebildet haben, daß die SWAPO nicht die einzige legitime Vertreterin des Volks von Namibia/SWA sein kann, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

140. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung – auch unter dem Eindruck neuer Terroraktionen durch die SWAPO gegen die Zivilbevölkerung von Namibia/SWA – zu tun, um bei den noch ausstehenden Verhandlungen der Kommission der fünf Westmächte diesem nichtbegründeten Alleinvertretungsanspruch der SWAPO entgegenzuwirken?

141. Abgeordnete **Frau Fischer** (CDU/CSU)

Kann sich die Bundesregierung der Forderung anschließen, daß neben der SWAPO auch andere politische Parteien in Namibia/SWA, wie z. B. die Demokratische Turnhallen Allianz, offiziell bei internationalen Verhandlungen beteiligt werden müssen?

142. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der in der letzten Zeit zunehmenden Sorge maßgeblicher politischer Kräfte in Namibia/SWA, daß die SWAPO die in der Resolution 385 des UNO-Sicherheitsrats festgelegten Voraussetzungen für die Wahlen in Namibia/SWA nicht anerkennt und es vorzieht, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen?

143. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung als Mitglied der Kommission der fünf Westmächte unternommen, und was wird sie noch tun, um darauf hinzuwirken, daß Namibia/SWA eine demokratische Regierung erhält und nicht in die Hände der marxistisch geprägten SWAPO fällt?

144. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Unterstützt die Bundesregierung die Auffassung, daß lediglich die Truppen der SWAPO, die z. Z. zum Teil außerhalb von Namibia/SWA stationiert sind und sich an Terroraktionen gegen die Zivilbevölkerung beteiligen, in der Übergangszeit als einzige aus Namibia/SWA rekrutierte Streitkräfte neben einem begrenzten Kontingent der südafrikanischen Armee und VN-Truppen die Sicherung der Grenze von Namibia/SWA übernehmen sollen?

145. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nicht auch der Meinung, daß die Entwaffnung der zivilen Kräfte, Kommandos und ethnischen Sicherheitskräfte, wie sie im Vorschlag der fünf Westmächte vom 31. Januar 1978 (Ziffer II 8 C) gefordert wird, ebenfalls die Truppen der SWAPO umfassen muß, und wenn ja, wird sie sich in diesem Sinne einsetzen?

146. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Formulierung der Resolution 385 des UNO-Sicherheitsrats, welche die „Entlassung aller politischen Gefangenen in Namibia durch Südafrika und ungehinderte Rückkehr exilierter Personen" verlangt, dahin gehend zu verstehen sei, daß auch alle von anderen afrikanischen Regierungen oder von der SWAPO selbst festgehaltenen politischen Gefangenen aus Namibia/SWA – gleich welchen politischen Bekenntnisses – entlassen werden müssen und ihnen die ungehinderte Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht werden muß, und wenn ja, wird sie sich in diesem Sinne einsetzen?

147. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung tun, um dieser Auffassung auch im Rahmen der von den fünf westlichen Sicherheitsratsmächten eingeleiteten Namibia-Initiative Geltung zu verschaffen?

148. Abgeordnete **Frau Fischer** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, daß das Gebiet der Walfischbay, welches niemals der Treuhänderschaft des Völkerbunds oder der Vereinten Nationen unterlag, nunmehr dem künftigen Staatsgebiet von Namibia/SWA eingegliedert werden soll?

149. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wurden in das Schlußdokument der KSZE-Überprüfungstreffen Aussagen zu Menschenrechtsverletzungen aufgenommen, und verneinendenfalls warum nicht?

150. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Praxis und die Gründe der Botschaft der CSSR bekannt, von sudetendeutschen Visumsbewerbern die Vorlage des Bundesvertriebenenausweises zu verlangen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

151. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Untersuchungen des Leiters der amerikanischen UN-Mission in Genf, Botschafter Francis Dale, und der Bericht des Senate Committee on Government Operations unter dem Vorsitz des Senators Abraham Ribicoff bekannt, die sich mit dem Problem der Ausweitung und Doppelzuständigkeit in UN-Organisationen befassen, und welche Konsequenzen will sie aus den Ergebnissen ziehen?

152. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, eigene Untersuchungen über die Verwaltungseffizienz von UN-Organisationen anzustellen und gegebenenfalls Rationalisierungsvorschläge auf internationaler Ebene durchzusetzen?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Welche Werbeagenturen haben 1976 und 1977 im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung bei der Erstellung von Schriften, Anzeigen oder sonstigen Maßnahmen, wie z. B. Fernseh- und Rundfunkspots mitgewirkt, und erfolgte die Auftragsvergabe auf Grund einer Ausschreibung?

2. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Wann, in welches Amt und mit welchem Dienstrang wurde der jetzt 42jährige Leiter der Abteilung Inland des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, dessen Versetzung in den einstweiligen Ruhestand erwogen wird oder bereits erfolgt ist (vgl. Handelsblatt vom 3./4. März 1978) in das Beamtenverhältnis berufen?

3. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Wie oft wurde der Beamte seit 1969 befördert?

4. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Welche Kosten entstehen dem Bundeshaushalt jährlich durch die Gesamtbezüge, die dieser Beamte nach seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand erhält?

5. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Welche berufliche Qualifikation hat dazu geführt, daß dieser Beamte in diesem Dienstrang in den öffentlichen Dienst übernommen worden ist, und welche Dienstzeiten innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes wurden ihm beamtenrechtlich anerkannt?

6. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wo wurden die im Bulletin Nr. 17, Seite 147 ff. (vom 24. Februar 1978) aufgeführten Broschüren, Faltblätter und Beilagen gedruckt, welche der dort angeführten Drucksachen wurden ausgeschrieben?

7. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Sind diese Drucksachen den Regierungsparteien zur unentgeltlichen Verteilung zur Verfügung gestellt worden, und wenn ja, in welcher Auflagenhöhe?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

8. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Welche Stellungnahme hat die Bundesregierung zum Bericht der Kommission der EG über die Errichtung einer Europäischen Stiftung, die der Europäische Rat am 5. und 6. Dezember 1977 in Brüssel vorgelegt hat, eingenommen?

9. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung der Organisation, den Zielen und geplanten Tätigkeiten der Stiftung zu?

10. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Hat der Heilige Stuhl bei der kürzlichen Eingliederung des bis dahin zum Erzbistum Breslau gehörenden Teils der Tschechoslowakei in das Erzbistum Olmütz nicht nur die Regierungen der Tschechoslowakei und der Volksrepublik Polen – Deutsche Tagespost vom 24. Januar 1978 – konsultiert, sondern auch die Bundesregierung gemäß Artikel 11 des Reichskonkordats, und wenn nein, wie beurteilt die Bundesregierung diese Unterlassung?

11. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Wieviel Stellen im Generalsekretariat der Vereinten Nationen stehen der Bundesrepublik Deutschland nach ihrem Finanzanteil zu?

12. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Wie hoch war die Zahl der deutschen Sekretariatsbeamten jeweils in den letzten Jahren seit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen?

13. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in wichtigen Sekretariatsbereichen wie z. B. im Sekretariat der VN-Seerechtskonferenz kein deutscher Beamter tätig ist, und welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

14. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Was sind nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe dafür, daß eine dem Finanzanteil der Bundesrepublik Deutschland entsprechende Besetzung der Sekretariatsstellen durch deutsche Beamte nicht möglich war, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

15. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

In welcher Weise bemüht sich die Bundesregierung, eine größere Zahl von deutschen Beamten für Tätigkeiten im VN-Generalsekretariat zu gewinnen?

16. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Wie steht die Bundesregierung zu der vom Europäischen Rat am 5./6. Dezember 1977 gebilligten Errichtung einer „Europäischen Stiftung", und in welcher Weise und mit welchem finanziellen Aufwand ist sie gegebenenfalls bereit, diese Stiftung zu unterstützen?

17. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Sind der Bundesregierung die in der „Deutschen Verkehrszeitung" am 23. Februar 1978 auf Seite 2 unter der Überschrift „Chaotische Zustände an der türkischen Grenze" berichteten Zustände über die schleppende Abfertigung von Lastkraftwagen, mit Wartezeiten bis zu zehn Tagen, bekannt, und in welcher Weise gedenkt sie bei der türkischen Regierung im Sinne einer Verbesserung des jetzigen Zustands zu intervenieren?

18. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob bei offiziellen Gesprächen deutscher Parlamentarier mit Vertretern der tschechoslowakischen Regierung auch Mitglieder der deutschen Botschaft in Prag anwesend waren?

19. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Informationen über den Inhalt der Vorschläge des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing über die „Errichtung eines Sonderfonds zur Förderung Afrikas" und „zum Abschluß eines europäisch-afrikanischen Solidaritäts-Pakts", die der Präsident anläßlich seines Besuchs der Elfenbeinküste angekündigt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

20. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der nächsten Änderung der Beihilfevorschriften wieder die Möglichkeit zu schaffen, daß für Angehörige von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst wieder Beihilfe in Anspruch genommen werden kann?

21. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, nach denen linksextremistische Kreise in der Bundesrebublik Deutschland versuchen, eine neue Terroristengeneration zu organisieren und dabei auch die Antikernkraftbewegung einzuspannen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

22. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Denkt die Bundesregierung daran, in Kürze den Beruf des Klärwärters staatlich anzuerkennen, und wenn nein, welche Schwierigkeiten sind bisher vorhanden?

23. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in ihrem Zuständigkeitsbereich getroffen, um gemäß § 16 des Arbeitssicherheitsgesetzes gleichwertigen Arbeitsschutz für den öffentlichen Dienst zu gewährleisten?

24. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Welche Maßnahmen sind zur Bekämpfung des militärischen Fluglärms durchgeführt worden, auf die der Umweltbericht 76 Bezug nimmt?

25. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Bei welchen Kurorten besteht ein Verbot des Überfliegens, und welche zeitlichen Beschränkungen sind für Tiefflüge und Überschallflüge festgelegt worden?

26. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Wieviel Schutzraumplätze stehen jeweils in welchem Land der Bundesrepublik Deutschland der Bevölkerung zur Verfügung?

27. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

In welchen Städten der Bundesrepublik Deutschland stehen öffentliche, den Anforderungen an einen Schutzraum entsprechende, Großräume, z. B. Großgaragen, U-Bahn-Anlagen usw., mit wieviel Schutzraumplätzen zur Verfügung?

28. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Warum hat es die Bundesregierung unterlassen, in der Antwort vom 22. Februar 1978 auf die Frage des Abgeordneten Becker (Nienberge) darauf hinzuweisen, daß die Durchschnittsbezüge aller Beamten deshalb über dem Durchschnittsbruttoverdienst aller Arbeitnehmer liegen, weil im öffentlichen Dienst der Anteil der Stellen, die eine qualifizierte Vor- und Ausbildung erfordern, sehr viel höher ist als im Durchschnitt aller Arbeitsplätze?

29. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wie hoch sind im Durchschnitt die jährlich gezahlten Beihilfen, wenn der Versorgungszeitraum nicht auf die aktive Dienstzeit umgelegt wird, und in welchem Verhältnis steht dieser Betrag zu den bei den Beamten eingesparten Arbeitgeberbeiträgen zur Krankenversicherung?

30. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Von welchen Grundannahmen ist die Bundesregierung bei der Errechnung der für die Beamten angeblich erforderlichen „Pensionsrückstellung" – gemeint ist wohl die „Zuführung zur Pensionsrückstellung" – ausgegangen, und hat die Bundesregierung dabei unterstellt, daß die beamtenrechtliche Versorgung, anders als bei den Sozialversicherungsrenten, nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zu finanzieren ist?

31. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die derzeitige Form der beamtenrechtlichen Versorgung auch von der Überlegung beeinflußt worden ist, daß die „Eigenfinanzierung" der Versorgung durch die jeweilige Körperschaft für diese insgesamt geringere Aufwendungen verursacht als die Absicherung der Versorgungsberechtigten über eine rechtlich selbständige Einrichtung?

32. Abgeordneter **Hauser (Bonn-Bad Godesberg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Beamte, die ohne Umzugsbewilligung an eine Auslandsvertretung, z. B. in Brüssel oder Paris, abgeordnet sind, keinen Anspruch auf Sonderurlaub für Familienheimfahrten gemäß § 11 der Sonderurlaubsverordnung haben, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung die unterschiedliche Behandlung von Inlands- und Auslandsbeamten, wonach Inlandsbeamten gemäß § 11 der Sonderurlaubsverordnung bis zu neun Tagen Sonderurlaub im Urlaubsjahr zu gewähren sind?

33. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Kölner Initiative des sog. Russel-Tribunals eine EDV-Liste des DGB, in der Namen, Adressen, Geburtsdaten und Ausschlußgrund ehemaliger Gewerkschaftsmitglieder vermerkt sind, dazu benutzt, von diesen Betroffenen Informationen und dokumentarisches Material über die angebliche Repression in der Bundesrepublik Deutschland zu sammeln, und wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß diese Daten von linksextremistischen Gruppen zur Verfolgung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele eingesetzt werden?

34. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß linksextremistische Gruppen solche Daten unter Verletzung der schutzwürdigen Belange der betroffenen, ehemaligen Gewerkschaftsmitglieder erlangen konnten, und welche Konsequenzen wird sie daraus für das Datenschutzgesetz ziehen, damit ein ausreichender Schutz personenbezogener Daten gewährleistet ist?

35. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob noch weitere personenbezogene Daten in die Verfügung der Veranstalter des sog. Russel-Tribunals gelangt sind?

36. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Praktiken der linksextremistischen Veranstalter des sogenannten Russel-Tribunals die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden, indem die von den Initiativgruppen des sogenannten Russel-Tribunals unter dem Vorwand einer statistischen Erhebung angesprochenen Personen möglicherweise auf Grund ihrer persönlichen Enttäuschung über ihren Gewerkschaftssausschluß leicht für die politischen Vorstellungen des sogenannten Russel-Tribunals

und zur Mitwirkung gewonnen werden können, und wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, daß aus diesen Gruppen eine neue Sympathisanten- und Helfershelferschicht für die terroristische Szene entstehen kann?

37. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung angesichts der 1977 um weit über 50 v. H. gestiegenen Zahl der Ausländer, die in der Bundesrepublik Deutschland politisches Asyl begehren, und angesichts der Aussage des Bundesverwaltungsgerichts, daß nur der Gesetzgeber gegen mißbräuchliche Geltendmachung politischer Gründe wirkungsvoll vorgehen könne, die Notwendigkeit, das Asylverfahren umgehend neu zu ordnen und damit entscheidend abzukürzen?

38. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Hinweise hat die Bundesregierung, daß die Welle pakistanischer Asylbegehrender nunmehr von einer ähnlichen Welle aus Indien abgelöst bzw. ergänzt wird?

39. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie hoch die jährliche Wasserförderung der öffentlichen Wasserversorgung ist, und welchen Nutzungen und in welchen Anteilen die geförderte Wassermenge zugeführt wird?

40. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie hoch die jährliche Wasserförderung der Industrie ist, und welchen Nutzungen und in welchen Anteilen die geförderte Wassermenge zugeführt wird?

41. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie hoch der Anteil der Trinkwasserförderung an der jährlichen Wasserförderung der öffentlichen Wasserversorgung und der Industrie ist und ob von der Trinkwasserförderung im Hinblick auf ihre besondere Bedeutung ein rationeller Gebrauch gemacht und in welchem Umfang durch Wasserrecycling der lebensnotwendige Trinkwasservorrat für die Zukunft gesichert wird?

42. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wird die Bundesregierung Maßnahmen gegen die Herstellung bzw. den Verkauf der sogenannten Patrone ohne Vergangenheit, bei der das Geschoß in in einer Plastikführung sitzt, so daß beim Schuß auf dem Geschoß weder Spuren von der Hülse noch vom Rohr der Waffe zurückbleiben, in der Bundesrepublik Deutschland ergreifen?

43. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in den erheblichen finanziellen Forderungen – z. B. der Schufa – für eine Auskunft über schon gespeicherte personenbezogene Daten gem. § 34 Abs. 2 des Bundesdatenschutzgesetzes nicht eine erhebliche Gefahr des Unterlaufens dieser gesetzlichen Bestimmung, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

44. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Innerhalb welchen Zeitraums war es in den Jahren 1973 bis 1977 Bundesbediensteten, die Anspruch auf Trennungsgeld hatten, in der Regel möglich, eine Familienwohnung im Raum Bonn zu finden, und war dieser Zeitraum von der Höhe des Gehalts des jeweiligen Bediensteten abhängig?

45. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Nach welcher Zeit und unter welchen Voraussetzungen mußte in den letzten Jahren (1973 bis 1977) ein in Bonn beschäftigter Bundesbediensteter damit rechnen, daß ihm das Trennungsgeld entzogen wurde?

46. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahme hat die Bundesregierung bereits mit welchen Ergebnissen ergriffen, oder was gedenkt die Bundesregierung zu tun, daß die widerliche Geruchsbelästigung der Grenzlandbevölkerung durch tschechische Abgase zwischen Selb und Weiden eingedämmt bzw. abgestellt wird?

47. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie hat sich die Anerkennungspraxis des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge gegenüber Luftpiraten, insbesondere aus dem Ostblock, entwickelt, und in wieviel Fällen wurde die Gewährung politischen Asyls gegenüber Luftpiraten mit welcher Begründung verweigert?

48. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Werden abgelehnte Asylbewerber auf Grund von § 14 Abs. 1 Nr. 2 des Ausländergesetzes in Länder, in denen ihnen Verfolgung droht, insbesondere Ostblockstaaten, abgeschoben bzw. ausgeliefert, und falls ja, in welche Länder wurden wie viele Asylsuchende sowie sonstige Ausländer abgeschoben?

49. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung im Hinblick auf den ihr vorliegenden Richtlinienvorschlag der Kommission der EG über den „Schutz des Grundwassers gegen Verschmutzung durch bestimmte gefährliche Stoffe“, die durch „direkte oder indirekte“ Ableitung durch den Menschen in das Grundwasser gelangen und eine Gefahr für die menschliche Gesundheit, die Wasserversorgung, die einzelnen Lebewesen oder das Ökosystem des Wassers darstellen, die Verbotsliste 1 als Vorschlag billigen, und welche Stellung bezieht sie zu den Einschränkungen der Artikel 2 und 3?

50. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Welche Rechtsbereiche würden Folgewirkungen zeigen, wenn der Berufsunteroffizier, der wegen des Kriegsendes seine zur Versorgung genügenden zwölf Dienstjahre nicht erreichen konnte, wie die übrigen Beamten schon nach zehn Jahren einen Versorgungsanspruch nach G 131 erhalten würde, wie im Härtebericht vom 10. Februar 1971, Nummer 2.17, ausgeführt wurde?

51. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Wie hoch wäre angesichts des Alters der betroffenen Jahrgänge der jährliche Aufwand in den Jahren 1978 bis 1982, nachdem im Jahr 1971 für diese Härteregelung ein Betrag von 18,5 Millionen DM genannt wurde?

52. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im Dritten Umweltbericht der niedersächsischen Landesregierung nachgewiesene erhebliche Belästigung der Bevölkerung im Raum Helmstedt durch Flugasche aus dem grenznahen Kraftwerk Harpke in der DDR, und ist sie bereit, dieses Problem im Rahmen der Verhandlungen mit der DDR aufzugreifen und einer Lösung näherzubringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

53. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Manöverschäden des Reforger-Manövers Carbon Edge vom September 1977 in der Region Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben noch nicht alle bewertet und vergütet sind, und wenn nein, bis wann soll dies geschehen?

54. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, ob und wie viele deutsche Zivilbedienstete von den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten US-Streitkräften im laufenden Jahr 1978 infolge veränderter Währungsrelationen bzw. auf Grund bereits eingeleiteter amerikanischer Sparmaßnahmen voraussichtlich entlassen werden?

55. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Existieren in diesem Zusammenhang schon konkrete Entlassungszahlen für Bayern, insbesondere den Raum München, und könnten entlassene Fachkräfte eventuell in einem vertretbaren Umfang von der Bundeswehr übernommen werden?

56. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik des Bundes Deutscher Zollbeamter an der personellen und technischen Ausstattung des Grenzzoll- und Zollfahndungsdienstes?

57. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Teilt die Bundesregierung meine Ansicht, daß der Aufgabenstellung der Zolldienste im Gegensatz zu der der Grenzsicherungsdienste (Bundesgrenzschutz, Polizei) eine Ausbildung an und Bewaffnung mit Maschinenpistolen nicht entspricht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

58. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundes der Deutschen Zollbeamten, daß die Betriebssportgemeinschaften in der Zollverwaltung durch das Verhalten des zuständigen Bundesfinanzministers gegenüber den Betriebssportgemeinschaften in anderen Bundesverwaltungen „eklatant benachteiligt" werden, und wie gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Benachteiligung im Sinne einer Gleichbehandlung der Betriebssportgemeinschaften aller Bundesverwaltungen abzustellen?

59. Abgeordneter **Krampe** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob im Rahmen der „Vereinbarung mit der DDR über den Transfer aus Guthaben in bestimmten Fällen" (Sperrguthabenvereinbarung) vom 25. April 1974 seit geraumer Zeit mehr Transferaufträge von Bundesbürgern als von Bewohnern der DDR gestellt werden und daß die Deutsche Bundesbank ab 1. Mai 1976 die Entgegennahme weiterer Transferaufträge einstellen mußte, und was gedenkt sie demzufolge zu unternehmen?

60. Abgeordneter **Krampe** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für angebracht, daß zumindest in Härtefällen, wie Krankheit, hohe Ausgaben, weiterhin Transferaufträge mit der Staatsbank der DDR vermittelt und auf eine schnellere Abwicklung der bisher noch nicht ausgeführten Aufträge gedrängt wird?

61. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Industrie- und Handelskammer in London von steuerlichen Benachteiligungen deutscher Unternehmen in Großbritannien sowie britischer Investoren in der Bundesrepublik Deutschland berichtet, und welche Möglichkeiten sieht sie, das deutsch-britische Doppelbesteuerungsabkommen der veränderten Körperschaftsteuersituation in beiden Ländern anzugleichen, um so eine annähernd gleich starke Steuerbelastung für in- und ausländische Investoren zu gewährleisten?

62. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Frage der Erhaltung der „Langen Anna" auf Helgoland, und sieht sie eine Möglichkeit, durch Bereitstellung von Fördermitteln zum Erhalt dieses Wahrzeichens der Insel beizutragen?

63. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Welche Kosten für Anfertigung oder Umtausch von Bundesministerbildern entstehen durch die letzte Kabinettsumbildung?

64. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Erstreckt sich die Neuregelung der Umsatzsteuerpflicht durch Änderung der Abgabenordnung ab 1. Januar 1978 auf alle nicht staatlichen Alten- und Pflegeheime, oder sind von dieser Änderung nur die privaten Alten- und Pflegeheime betroffen?

65. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Ist die Einbeziehung der Heime von freigemeinnützigen Trägern in die Umsatzsteuerpflicht eine beabsichtigte Folge der Novellierung der Abgabenordnung, oder handelt es sich hierbei um eine unbeabsichtigte Schlechterstellung der freigemeinnützigen Einrichtungen im Vergleich zu denen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft, und beabsichtigt die Bundesregierung, gegebenenfalls eine Korrektur der am 1. Januar in Kraft getretenen Regelung vorzuschlagen, die die Gleichstellung der Heime freigemeinnütziger Träger mit denen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft wieder herstellt?

66. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Grundstücke in München (allgemeine Beschreibung genügt) könnte und würde gegebenenfalls die Bundesregierung für städtebauliche Zwecke freigeben?

67. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Investitionspläne der Bomin zur Erhaltung der Frisia-Raffinerie in Emden an den Finanzierungsmöglichkeiten gescheitert sind, und ist sie unter diesen Umständen bereit, ihren Einfluß auf die Unternehmensleitung der Veba dahin gehend geltend zu machen, daß die Veba die Frisia-Raffinerie wieder übernimmt und durch geeignete Investitionen die Arbeitsplätze dieses Unternehmens sichert?

68. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung andere Möglichkeiten, die Arbeitsplätze bei der Frisia in Emden zu erhalten, oder muß die Belegschaft befürchten, daß sie zum 31. März dieses Jahrs entlassen wird?

69. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Wann werden vom Bundesfinanzminister im Rahmen des Vollzugs des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Lärmbelästigung durch das Autobahnzollamt Kiefersfelden getroffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

70. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob es sich bei der Firma Hydraulic Plant, Pretoria, SAU, die als Bestellerin der Perforieranlage WABAG gegenüber der unter Mehrheitsbeteiligung der bundeseigenen Industrieverwaltungsgesellschaft geführten Firma Steigerwald GmbH, Puchheim, Landkreis Fürstenfeldbruck, aufgetreten ist, um eine nicht existierende Scheinfirma handelt, während der eigentliche Vermittler und Auftraggeber die Atomenergiebehörde war, und sieht sich die Bundesregierung aus diesem Grund gegebenenfalls veranlaßt, der Angelegenheit auf den Grund zu gehen?

71. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Trifft es zu, daß die Produktion der Perforieranlage nach meiner ersten diesbezüglichen Anfrage unvermittelt abgebrochen wurde, und ist die Bundesregierung unter diesen Umständen immer noch der Auffassung, daß es sich nicht um eine Anlage handelte, die zur Plutoniumsanreicherung im Rahmung eines südafrikanischen Großprojekts dienen sollte?

72. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Wann werden die Zahlen der Produktionsstatistik aus dem Jahr 1977 veröffentlicht, und was hat angesichts der Aufwendung hoher Steuermittel für die Produktionsstatistik die Bundesregierung getan, um die baldige Verfügbarkeit der gewünschten Zahlen zu gewährleisten, und ist die Bundesregierung nicht auch der Auffassung, daß der Nutzen statistischer Unterlagen insbesondere von deren rechtzeitigem Vorliegen abhängt?

73. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU)

Wie hoch belaufen sich nach dem Wissensstand der Bundesregierung die sicheren, wahrscheinlichen und vermuteten Ölreserven des Iran als eines der für den Export in die Bundesrepublik Deutschland wichtigen Ölförderländer, und mit welcher jährlichen Ölförderung und welcher Gesamtförderung des Iran ist nach Schätzung der Bundesregierung bis zum Jahr 1995 zu rechnen?

74. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU)

Welche Ölmenge will der Iran nach dem Wissensstand der Bundesregierung für den eigenen Bedarf im Nachölzeitalter in seinen Lagerstätten konservieren?

75. Abgeordneter **Conrad (Riegelsberg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sofern ihr Pläne zur Umstrukturierung und Rationalisierung der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie vorliegen, sie mir zur Kenntnis zu bringen?

76. Abgeordneter **Conrad (Riegelsberg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die in der öffentlichen Diskussion in der letzten Zeit verstärkt erhobene Forderung nach kapitalmäßiger Beteiligung der öffentlichen Hand durch Errichtung einer Sperrminorität, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

77. Abgeordneter **Conrad (Riegelsberg)** (CDU/CSU)

Erkennt die Bundesregierung die besondere wirtschaftliche Lage der saarländischen Wirtschaft und besondere Arbeitsmarktsituation angesichts ihres schwierigen Grenzlandcharakters und ihrer speziellen historischen Hypothek an, und ist sie bereit,

durch eine verstärkte Strukturförderung für neue Industrien, die krisenfeste Arbeitsplätze schaffen, Anreize und Impulse zu geben?

78. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Ist der Bundesregierung der Angebotsüberhang auf dem Altpapiermarkt bekannt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

79. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche Kontingente sind bei Einfuhr von Altpapier aus Ostblockländern vorgesehen, und ist daran gedacht, die Kontingente angesichts des Preisverfalls und der negativen Wirkungen auf das Recycling zu erhöhen?

80. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Welche Untersuchungen liegen der Bundesregierung als Grundlage für ihre Energie-Einsparungs-Projekte vor, die die Wirtschaftlichkeit und die Wirkungsbreite alternativer Energie-Einsparungs-Verfahren auf ihren volkswirtschaftlichen Nutzen und ihre privatwirtschaftliche Rentabilität hin vergleichen?

81. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Welchen Erntefaktor als Verhältnis der bei den Energie-Einsparungs-Maßnahmen eingesetzten Energie zu der planungsgemäß einzusparenden Energie schätzt die Bundesregierung für ihr sogenanntes Energie-Einsparungs-Programm ab, wenn bei Gesamtinvestitionen von 17,4 Milliarden DM über einen Abschreibungszeitraum von 20 Jahren gemäß den von der Bundesregierung zugrundegelegten Zahlen 1,6 Millionen t SKE pro Jahr eingespart werden sollen?

82. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Treffen Untersuchungen von Wissenschaftlern zu, wonach bei den Berechnungen zu den Verordnungen des Energieeinspargesetzes implizit ein interner Kalkulationszinsfuß von 7 v. H. zugrundegelegt wurde, mit der Folge, daß die erst längerfristig rentierlichen Energiesparmaßnahmen gegenüber herkömmlichen Energiedarbietungen diskriminiert würden, und beabsichtigt die Bundesregierung hier gegebenenfalls Veränderungen?

83. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wird die Bundesregierung im Rahmen der Überprüfung der Bundestarifordnung auch einen Sondertarif für Wärmepumpen, insbesondere bei Auskoppelung zu Spitzenlastzeiten, vorschlagen oder durch sonstige Maßnahmen sicherstellen, daß die Wärmepumpe nicht tariflich diskriminiert wird?

84. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung im Rahmen des neuen Welttextilabkommens in bezug auf ein effizientes Kontrollsystem ergreifen, und was gedenkt sie zu tun, um eine Zersplitterung der Überwachungsmaßnahmen zwischen den einzelnen Regierungen der Europäischen Gemeinschaft zu vermeiden?

85. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Entwicklung der Eigenkapitalquoten der kleinen und mittleren Unternehmen – gemessen an den Eigenkapitalpolstern ausländischer Unternehmen, die mit den deutschen Unternehmen im harten Wettbewerb auf dem Weltmarkt stehen – einen alarmierenden Stand erreicht haben (z. B. hat der Anteil des Eigenkapitals im Handwerk von 1969 bis 1975 um rund

27 v. H. abgenommen), und ist sie bereit, die Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Eigenkapitalbasis im mittelständischen Bereich zu schaffen?

86. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß gerade für kleinere und mittlere Unternehmen eine hohe Eigenkapitalausstattung die wesentliche Voraussetzung zur Erlangung von Krediten ist, und ist sie bereit, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um den mittelständischen Unternehmen stärker als bisher Mittel für eine langfristige Fremdfinanzierung zu verschaffen?

87. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen einer betriebsgrößenorientierten Strukturpolitik die Finanzierungshilfen und Bürgschaftsprogramme für kleine und mittlere Unternehmen den gestiegenen Anforderungen anzupassen und im Rahmen der Steuerpolitik den Unternehmen durch gezielte Entlastungen, durch steuerstundende Investitionsrücklagen und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten zu helfen, die Eigenkapitalbasis der Betriebe zu erweitern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

88. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Haben sich für die Durchführung des Bundesentscheids im Leistungspflügen und für die Abhaltung des Weltpflügens noch andere Bundesländer außer Hessen beworben?

89. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Ist es purer Zufall, daß als Durchführungsland Hessen ausgewählt wurde, obwohl dort wenige Wochen später Landtagswahlen stattfinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

90. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, den Beitragseinzug für Ersatzkassenmitglieder der allgemeinen Regelung anzupassen, das heißt, die Abführung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags durch die Arbeitgeber an die Ersatzkassen vorzuschreiben?

91. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wieweit sind die Vorbereitungsarbeiten für die Anpassung des Beitragseinzugs für Ersatzkassenmitglieder an die allgemeine Regelung gediehen?

92. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Wie schlüsselt sich die von Bundesminister Dr. Ehrenberg (anläßlich des Telefoninterviews mit der Bildzeitung vom 22. Februar 1978) genannte durchschnittliche Entwicklung der Nettoeinkommen um plus 98 v. H. seit 1969 auf, bzw. aus welchem Einzelzahlenmaterial wurde dieser Durchschnitt errechnet?

93. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Liegen der Bundesregierung genaue Angaben über die Anzahl von Familienangehörigen aus Fremdenverkehrs-, landwirtschaftlichen und anderen Betrieben vor, die in Gebieten mit starker saisonaler Arbeitslosigkeit als Arbeitslose gemeldet sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

94. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im September 1978 in der Region Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben erneut Manöver stattfinden sollen, und wenn ja, warum werden die Belastungen durch große Manöver nicht besser verteilt?

95. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

In welcher Weise gedenkt das Bundesverteidigungsministerium, den offenen Brief der Deutschen Angestelltengewerkschaft Bonn vom 16. Februar 1978 bezüglich der Personalakte Laabs zu beantworten, insbesondere zu der Frage, über welche rechtlichen und üblichen Regelungen der Beförderungspraxis sich hinweggesetzt wurde?

96. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Ist es zutreffend, daß an der Bundeswehrhochschule in Hamburg bei den Arbeiten zum Vordiplom die Ergebnisse in den unterschiedlichen Fächern erheblich voneinander abweichen?

97. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Ist in diesem Zusammenhang festzustellen, daß bei den Klausurergebnissen des Vordiploms im Fach Mathematik (Prof. Dr. Ing. Nixdorff) unterdurchschnittliche Leistungen (11 v. H. erfolgreich, 89 v. H. erfolglos) der Studenten vorlagen, und wie ist der Vergleich mit München?

98. Abgeordneter **Zeyer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung keine weitere Zusammenlegung von Kreiswehrersatzämtern mehr vornehmen will?

99. Abgeordneter **Zeyer** (CDU/CSU)

Soll die Zusammenlegung der drei Kreiswehrersatzämter im Saarland die letzte sein?

100. Abgeordneter **Zeyer** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Unbehagen der Bürger gegenüber den unpersönlich gewordenen Großverwaltungen immer größer wird, und ist sie bereit, auf die geplante Zusammenlegung der drei Kreiswehrersatzämter im Saarland zu verzichten?

101. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nach dem Abbrennen des Soldatenheims vom Marinegeschwader I in Kropp, das dort Mittelpunkt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens zivilermilitärischer Veranstaltungen ist, alles unternommen werden muß, um einen zügigen Wiederaufbau zu gewährleisten, und wenn ja, wird sie sich dementsprechend verhalten?

102. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu treffen, um mögliche bürokratische, technische, finanzielle und andere Hemmnisse auszuschließen, um auf einen sofortigen Wiederaufbau hinzuwirken?

103. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Vordiplomklausur Mathematik III/IV des Studentenjahrgangs 1976 an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg – Fachbereich Maschinenbau – am 11. Januar 1978 von 91 studierenden Offizieren 81 mit Note schlechter als 4,0 abgeschnitten haben, und somit die Klausur nicht bestanden haben, und wenn ja, teilt die Bundesregierung die Auffassung des zuständigen Prof. Dr. Ing. Nixdorff, die Klausur für gültig zu erklären, obwohl bei vergleichbaren Klausuren im Durchschnitt mindestens 50 v. H. der Studenten bestanden haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

104. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Wann ist mit der seit über zwei Jahren in Vorbereitung befindlichen bundeseinheitlichen Lebensmittelhygieneverordnung zu rechnen?

105. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, freiberuflich tätige Diplompsychologen künftig von der Ausübung der Erziehungsberatung auszuschließen?

106. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die berufliche Betätigung freiberuflich tätiger Diplompsychologen im Rahmen des künftigen Jugendhilfegesetzes zu gewährleisten?

107. Abgeordneter **Klinker** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die auch in dem jetzt veröffentlichten Gutachten von Prof. Oppermann vertretene Auffassung, daß gegen Werbeaussagen der Margarinewirtschaft, in denen bestimmten Margarinesorten diätetische Wirkungen beigemessen werden, erhebliche rechtliche Bedenken bestehen, und welche Konsequenzen gedenkt sie gegebenenfalls daraus zu ziehen?

108. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Erhöhung des Kindergelds ab 1. Januar 1978 für Sozialhilfeempfänger nicht wirksam werden kann, da nach dem Bundessozialhilfegesetz das Kindergeld als Einkommen von der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt abgezogen wird und sich dadurch keine Einkommensverbesserungen gegenüber dem Vorjahr ergeben, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu ziehen?

109. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Welche Mittel werden nach der Erhöhung des Kindergelds bei den Aufwendungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt eingespart, und wie denkt die Bundesregierung, diese den Betroffenen, insbesondere den Müttern mit mehreren Kindern, zuzuführen, damit alle Bezieher des Kindergelds in den Genuß der Verbesserung kommen?

110. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren beträchtlich gesunken ist, und worauf führt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Entwicklung zurück?

111. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Auf Grund welcher konkreten Rechtsgrundlage wurde Staatssekretär Professor Dr. Wolters vom 4. Mai 1973 bis 30. November 1975 Trennungsgeld gewährt, und welche rechtlichen Voraussetzungen mußten danach im einzelnen für die Gewährung des Trennungsgelds gegeben sein?

112. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Wann wurden Staatssekretär Professor Dr. Wolters von seinem Dienstherrn in dem Zeitraum vom 4. Mai 1973 bis 30. November 1975 im einzelnen familiengerechte Wohnungen im Raum Bonn angeboten, und mit welchen Gründen wurde das Angebot jeweils abgelehnt?

113. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Welche Bemühungen hat Staatssekretär Professor Dr. Wolters in dem Zeitraum vom 4. Mai 1973 bis 30. November 1975 selbst unternommen, um auf dem privaten Wohnungsmarkt eine geeignete Familienwohnung anzumieten?

114. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Welchen konkreten Ansprüchen hätte eine Wohnung nach Auffassung des Dienstherrn und von Staatssekretär Professor Dr. Wolters genügen müssen, damit sie für Staatssekretär Professor Dr. Wolters nach seinem Familienstand und seiner Dienststellung als geeignete Familienwohnung hätte betrachtet werden können oder müssen?

115. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung, Verwaltungen von Kreisen an Grenzen der Bundesrepublik Deutschland, die veterinärmedizinische Untersuchungen bei Importen von lebenden Tieren oder Fleisch durchführen und die bisher dafür erhobenen Gebühren, z. B. im Kreise Viersen jährlich 160 000 DM, nicht mehr von den Importeuren fordern können, die durch diese Untersuchungen entstandenen Kosten zu ersetzen?

116. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Änderung des Bundessozialhilfegesetzes dahin gehend vorzuschlagen, daß bei der Auflage, verwertbares Vermögen vor Inanspruchnahme der Sozialhilfe zu veräußern, Belastungen gegengerechnet werden dürfen, so daß es z. B. nicht mehr notwendig ist, ein behindertengerecht gebautes Einfamilienhaus zu verkaufen, obwohl es in voller Höhe mit Schulden belastet ist?

117. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, falls sie sich zu obigem Vorschlag nicht durchringen kann, wenigstens den Verkehrswert eines nicht zu veräußernden behindertengerechten Einfamilienhauses durch Gesetzesvorschlag auf 250 000 DM zu erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

118. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, nachdem sich Haftreifen für den Rettungsdienst als unzureichend erwiesen haben, für Rettungsfahrzeuge Spikes-Reifen zuzulassen?

119. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Benutzung von Spikes-Reifen bei Rettungsfahrzeugen während der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März durch eine Verordnung zuzulassen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung des Deutschen Roten Kreuzes und anderer Organisationen, daß die Bedrohung von Menschenleben absoluten Vorrang vor möglichen Straßenschäden hat?

120. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Republik Österreich ab 1. Juli 1978 einen Straßenverkehrsbeitrag erheben will in Höhe von 1 österreichischen Schilling pro Tonnenkilometer für beförderte Güter und von 0,6 österreichischen Schilling pro Tonnenkilometer für Leerfahrten, wobei diesen Straßenverkehrsbeitrag auch ausländische (deutsche) Fahrzeuge zu entrichten haben, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um dadurch entstehende Wettbewerbsverzerrungen der heimischen Landwirtschaft insbesondere im Hinblick auf den Export von Milch und Agrarprodukten zu verhindern?

121. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach neueren Berechnungen der Personenverkehr auf der Bundesbahnstrecke Entringen–Tübingen auch nach der Stillegung der Strecke Entringen–Herrenberg in den vergangenen Jahren um 10 v. H. auf den Wert von 1 190 Reisende pro Kilometer Betriebslänge zugenommen hat, und daß bei einigen Fahrplanverbesserungen sowie nach der Einrichtung eines weiteren Haltepunkts beim Wildermuth-Gymnasium in Tübingen eine weitere Verlagerung des Personenverkehrs von der Straße auf die Schiene bis zu einem Wert möglich wäre, bei dem andere Bahnstrecken selbstverständlich erhalten bleiben, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

122. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Geht die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung über die Erhaltung und die Stillegung des Personenverkehrs auf dieser Strecke von bestimmten Mindestwerten hinsichtlich der Zahl der den Schienenverkehr benutzenden Personen aus, und wie hoch liegt gegebenenfalls dieser Mindestwert bei den anderen Strecken in Baden-Württemberg, deren Stillegung ursprünglich auch einmal erwogen, dann aber fallen gelassen wurde?

123. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Schweiz und Österreich ab 1. Januar 1978 eine Transitgebühr für Lastkraftwagen eingeführt haben, und wird gegebenenfalls seitens der Bundesregierung ebenfalls die Einführung einer Transitgebühr erwogen und wenn nein, warum nicht?

124. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie sich der Werksverkehr in den letzten vier Jahren entwickelt hat, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung im Zusammenwirken mit der Deutschen Bundesbahn für erforderlich, damit ein Teil dieser Transporte auf die Schiene verlagert wird?

125. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, daß sie ihre Planvorstellungen revidiert, nach denen die Datenstation für das Bahnbetriebswerk nicht in Bayreuth errichtet werden soll, obwohl seit 1975 durch Ratio-

nalisierungsmaßnahmen beim Bahnbetriebsamt Bayreuth schon 153 Arbeitsplätze, durch Zuordnung des Betriebsamts Bayreuth nach Lichtenfels weitere 40 hochqualifizierte Arbeitsplätze verlorengegangen sind und bei der Neuregelung der Generalvertretungen die Stadt Bayreuth nicht berücksichtigt worden ist, obwohl sich ihre zentrale Lage betriebswirtschaftlich als Standort angeboten hätte?

126. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie vom Ersten Präsidenten der Deutschen Bundesbahn am 2. Februar 1978 und von der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands am 14. Februar 1978 erklärt worden sein soll – im vergangenen Jahr von den bewilligten Investitionsmitteln für den Neubau von Bundesbahnstrecken 170 Millionen DM nicht ausgegeben werden konnten und daß von den für die Neubaustrecke Stuttgart–Mannheim für 1978 bewilligten Mitteln von 300 Millionen DM höchstens 120 Millionen DM abfließen werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

127. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wie vertragen sich gegebenenfalls diese Äußerungen des Ersten Präsidenten der Deutschen Bundesbahn und der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands mit den Erklärungen des Bundesverkehrsministers am 14. Februar 1978, die Haushaltsreste bei der Abwicklung der Verkehrsinvestitionen seien vergleichsweise gering, sie seien auch im letzten Jahr nicht über 2 v. H. hinausgegangen, und des Vertreters des Bundesverkehrsministeriums im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages am 18. Januar 1978, beim Abfluß der Investitionsmittel für die Neubaustrecken der Deutschen Bundesbahn gebe es keine Stauungen?

128. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Tonnen Straßensalz in diesem Winter zum Zwecke der Beseitigung von Schnee und Eis auf den bundesdeutschen Straßen verwandt wurden, und kann die Bundesregierung sagen, welchen Einfluß langfristig der Verbrauch von Salz zur Schnee- und Eisbeseitigung für die Straßenbeläge und die Umwelt – vor allem für die Wasservorkommen in Form von Grundwasser- bzw. Trinkwasserspeichern – hat?

129. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu Plänen des österreichischen Finanzministers Androsch ein, den Güterkraftverkehr auf den österreichischen Straßen mit einem Straßenverkehrsbeitrag für ausländische Lastkraftwagen zu belegen, insbesondere im Hinblick auf diesbezügliche europäische Vereinbarungen, und welche Schritte hat die Bundesregierung entweder bereits unternommen oder wird sie gegebenenfalls unternehmen, um diese erhebliche Mehrbelastung, die für die bayerische Milchwirtschaft allein mit 20 Millionen DM veranschlagt wird, zu verhindern?

130. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen beabsichtigt die Deutsche Bundesbahn (Fahrleitungsmeisterei Wetzlar), die Ausbildung von Elektroanlageninstallateuren, Energieanlagenelektronikern von Wetzlar nach Gießen zu verlegen?

131. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Welche Investitionsmaßnahmen (incl. Umbau–Ausbau–Lärmschutz usw.) sind in den Kreisen Lahn-Dill sowie der Stadt Lahn im laufenden Haushaltsjahr und innerhalb des gegenwärtig gültigen Programms geplant?
132. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung die Resolution des Deutschen Gewerkschaftsbunds – Kreis Rendsburg – bezüglich der geplanten Stillegung der Bundesbahnstrecke Neumünster–Heide in Erwägung ziehen, und ist sie bereit, den Bürgern ein ausgereiftes Konzept mit Alternativen zur Diskussion vorzulegen, so wie es der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Resolution fordert?
133. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Wann ist mit dem Beginn des Baus der Bundesautobahn A 81 Singen–Konstanz zu rechnen, welche Bauzeiten sind vorgesehen, und welche Kosten müssen für diese Streckenabschnitte veranschlagt werden?
134. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)	Entspricht es der Tatsache, daß immer mehr Autofahrer beim Fahren von Bundesautobahnen die Fahrbahn verwechseln und dadurch den Verkehr gefährden, und wenn ja, könnte die bisherige Beschilderung der Einfahrten an den Bundesautobahnen nicht ausreichend sein, bzw. welche anderen Gründe könnten Ursprung für derartige Verkehrsgefährdungen sein?
135. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)	Inwieweit wird die Bundesregierung die Empfehlungen des 16. Verkehrsgerichtstags aufgreifen und in die Straßenverkehrs-Ordnung besondere Sorgfaltspflichten für Kfz-Führer gegenüber Kindern aufnehmen?
136. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)	Welche Gründe haben nach Auffassung der Bundesregierung bisher den Ausschlag gegeben, Planungskosten für Straßenbaumaßnahmen in den Gemeinden nicht in die förderungsfähigen Kosten nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz einzubeziehen?
137. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)	Hält die Bundesregierung eine Überprüfung und Änderung dieser Regelung für geboten, wenn dadurch den Städten und Gemeinden durch den Anreiz zur zusätzlichen Vorbereitung beabsichtigter, aber nicht gleichzeitig zu verwirklichender Straßenbauprojekte eine flexiblere Handhabung bei der Auswahl von baureifen Maßnahmen – gerade bei auftretenden Durchführungshemmnissen oder Verzögerungen – erleichtert werden könnte?
138. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen ist die Bundesregierung bereit zu ergreifen, um die besonderen Belastungen zu verhindern, abzumildern oder auszugleichen, die insbesondere den bayerischen Transportunternehmern durch die Einführung eines Straßenverkehrsbeitrags für Lastkraftwagen in Österreich entstehen?
139. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Wie ist zur Zeit der Stand der Planungen des Baus der Ortsumgehung Blankenheim im Zuge des Ausbaus der Bundesstraße B 51/E 42?
140. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Wann kann mit dem Baubeginn sowie mit der Fertigstellung dieser Ortsumgehung gerechnet werden?

141. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Amtsgruppenvorstand der Deutschen Postgewerkschaft beim Postamt 2 in Frankfurt gemachten Vorschläge, nämlich etwa 50 Auszubildende in der zum Postamt 2 in Frankfurt gehörenden Bezirkswerkstatt als Kraftfahrzeughandwerker auszubilden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die vom Amtsgruppenvorstand der Deutschen Postgewerkschaft als geeignet angesehene Bezirkswerkstatt als Ausbildungsstätte bereitzustellen und damit mehr Ausbildungsplätze zu schaffen?

142. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie haben sich bei der Deutschen Bundespost seit 1970 die gewöhnlichen und außergewöhnlichen Abschreibungen auf Sachanlagevermögen absolut und gemessen am Gesamtvermögen entwickelt?

143. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

In welchem Umfang haben die in der Zwischenzeit erfolgten Steueränderungen Einfluß auf das Abschreibungsvolumen, das Sachanlagevermögen, die Kapitalstruktur und die Betriebsergebnisse bei der Deutschen Bundespost in der fraglichen Zeitperiode gehabt?

144. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Ist die Bundesregierung beriet, bei der Deutschen Bundespost darauf hinzuwirken, daß künftig die alten Telefonbücher beim Umtausch gegen neue wieder zurückgenommen und die so entstehenden großen Mengen an Altpapier systematisch der Wiederverwendung zugeführt werden?

145. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Welche Mengen an Altpapier fallen jährlich an durch den Austausch der Telefonbücher, und welche Möglichkeiten gibt es, den Papieraufwand zu verringern, z. B. durch Nachtragsverzeichnisse?

146. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Entwicklung im Bereich des CB-Funks dafür zu sorgen, daß über die bisher freigegebenen fünfzehn Kanäle weitere Kanäle freigegeben werden, um damit einen neuen Kanal als amtlichen Notrufkanal für den CB-Funk zu installieren und somit Hilfeleistungen in Notfällen zu unterstützen?

147. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wieviel Prozent der auf Bussen, Paketwagen und sonstigen Fahrzeugen der Deutschen Bundespost zur Verfügung stehenden Werbeflächen werden für die Eigenwerbung der Deutschen Bundespost genutzt?

148. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Eigenwerbung der Deutschen Bundespost zugunsten einer wirtschaftlicheren Nutzung durch Vermietung an die Privatwirtschaft eingeschränkt werden sollte, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

149. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Postamt in 3515 Scheden aufgelöst werden und die für Scheden bestimmte Post künftig vom Postamt in 3402 Dransfeld ausgeliefert werden soll?

150. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Welche zwingenden betrieblichen oder sonstigen Gründe sind bejahendenfalls für die geplante Entscheidung maßgebend, und sind diese Gründe ausreichend, die mit der veränderten Postzustellung verbundenen Nachteile für die betroffenen Einwoner in Kauf zu nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

151. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Trifft die Feststellung der „Zeit" vom 27. Januar 1978 zu, daß das Palais Schaumburg verkommt, und welche konkreten Pläne hat die Bundesregierung mit ihm?

152. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung ihre Meinungsbildung bezüglich eines Erwerbs des Petersbergs abgeschlossen?

153. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit, in das vom Bund zur Hälfte mitfinanzierte Bauvorhaben Nordostmole auf Helgoland eine Wärmepumpe zur Energieversorgung der Insel mit einzubeziehen, und wäre die Bundesregierung eventuell bereit, eine entsprechende Baumaßnahme zu fördern?

154. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung bzw. der Bundesverteidigungsminister und der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau das Einvernehmen mit dem Ausbau des Munitionslagers Köppern-Süd der US-Armee erklärt hat, und wenn ja, welche Gründe haben die Bundesregierung bzw. die genannten Bundesminister dazu im einzelnen bewogen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

155. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß die „DDR" 15 wegen angeblicher Spionage verurteilten Deutschen aus dem Bundesgebiet einschließlich Berlins die Betreuung durch die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland verweigert hat, und um welche Personen handelt es sich gegebenenfalls dabei?

156. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung dieses Verhalten der „DDR" für den Stand der innerdeutschen Beziehungen im Hinblick darauf, daß mehrfache Bemühungen, die „DDR" zu einem vertragsgemäßen Verhalten zu bewegen, abgewiesen wurden?

157. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie hat die Bundesregierung auf die von einem Mitglied der Ständigen Vertretung der DDR im Bundeskanzleramt vorgetragenen Bedenken der DDR gegen Gorleben als Standort des integrierten Entsorgungszentrums geantwortet, und wie bewertet die Bundesregierung diesen diplomatischen Schritt der DDR?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

158. Abgeordneter **Prangenberg** (CDU/CSU)

Welche Forschungsprojekte zur Gewinnung geothermischer Energie werden von der Bundesregierung im Jahr 1978 gefördert?

159. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung der Empfehlung der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel nachgekommen und hat die bisher überwiegend technisch-naturwissenschaftlich ausgerichtete Personalstruktur des Bundesforschungsministeriums durch weiteres wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Personal ergänzt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

160. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost ihre Ausbildungskapazitäten im Ausbildungsjahr 1978/79 nicht mit dem Eigenbedarf ausfüllen können, und wird sie – wie im vergangenen Jahr – mit einem erneuten Sonderprogramm der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost finanziell die Möglichkeit verschaffen, alle Ausbildungskapazitäten durch Ausbildung über den Eigenbedarf hinaus zu erschöpfen?

161. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Wird die Bundesregierung in einem neuen Sonderprogramm auch andere Ressorts, z. B. Verteidigung und Finanzen in die Lage versetzen, alle Ausbildungskapazitäten auch über den Eigenbedarf hinaus auszuschöpfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

162. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Beteiligt sich die Bundesregierung an der Finanzierung der von Willy Brandt, MdB, geleiteten unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen, und wenn ja, in welchem Umfang, und wo sind diese Mittel etatisiert?

163. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU)

Trifft es zu – siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Februar 1978 –, daß vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ein größerer Forschungsauftrag an ein Frankfurter Forschungsinstitut mit der ausdrücklichen Auflage, den Präsidenten a. D. der Hessischen Landesbank, Prof. Dr. Wilhelm Hankel, zur Durchführung des Forschungsauftrags heranzuziehen, vergeben worden ist, und wenn ja, um welchen Forschungsauftrag hat es sich gehandelt, und wie hoch sind seine Kosten?

164. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU)

Worin sieht das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gegebenenfalls die besondere Qualifikation des Professors Dr. Hankel für die Durchführung des Forschungsauftrags gegeben?

165. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, nach denen auf Empfehlung des Abgeordneten Willy Brandt der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Frau Marie Schlei, das Forschungsreferat des Hauses angewiesen hat, eine größere Summe an ein namhaftes Frankfurter Forschungsinstitut zuzuweisen mit der ausdrücklichen Auflage, den Expräsidenten der Helaba, Herrn Prof. Dr. Hankel, zur Durchführung dieses Forschungsauftrages heranzuziehen?

166. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Welche sachlich zwingenden und den Vergabe-Richtlinien entsprechende Gründe haben den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit gegebenenfalls bewogen, der Empfehlung des Abgeordneten Willy Brandt zur Vergabe eines Gutachtens auf dem Wege über das Institut für ländliche Strukturforschung, Frankfurt, an Herrn Prof. Hankel zu folgen?

167. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Teile der von der Bundesrepublik Deutschland geleisteten Entwicklungshilfe mittel- oder unmittelbar auch für Wetterbeeinflussung verwendet werden, und wenn ja, in welchem Umfang und in welchen Gebieten?

Bonn, den 3. März 1978